



## Vor einem Jahre.

6. September. Circular Favre's an die Großmächte, worin ausgesprochen wird, daß die Republik unverantwortlich sei an der Fortdauer des Krieges.

## Tagesbericht vom 5. September

— Eine Verminderung des Militär-Stats, über welche man zur Zeit mit besonderer Vorliebe konjektivt, wird selbst für den nichts weniger als wahrscheinlichen Fall, daß eine Herabsetzung der Dienstzeit beschlossen werden sollte, während der nächsten Reichstags-Session, nicht wohl durchgesetzt werden können, denn einmal muß eine Verbesserung der Verpflegung der Soldaten unbedingt stattfinden, andererseits kann eine Erhöhung der Unteroffizier-Gehälter nicht länger hinausgeschoben werden, soll die Armee nicht ernstlich Gefahr laufen, dem Mangel an tüchtigen Unteroffizieren ausgesetzt zu sein. Eine andere Frage ist jedoch, ob durch die Herabsetzung der Dienstzeit die Mittel gewonnen werden, die zur Beschaffung einer bessern Verpflegung der Soldaten und zur Erhöhung der Unteroffizier-Gehälter notwendig sind. Diese Frage könnte nur bejaht werden, in dem Falle, daß für die Infanterie eine zweijährige und für die Kavallerie und die Spezialwaffen eine dreijährige Dienstzeit festgesetzt wird, wozu die Aussichten allerdings leider nur sehr gering sind; denn es ist nicht nur ganz gewiß, daß die Konservativen und Nationalliberalen im Reichstage bei dieser Frage im Großen und Ganzen mit der Regierung gehen, — es steht sogar zu befürchten, daß diese beiden Fraktionen, selbst wenn sich im Reichstage trotzdem eine Majorität für die Reduktion der Friedenspräsenzstärke fände, in eine solche nicht einwilligen, vielmehr unter Hervorhebung der allgemeinen europäischen Situation und der daraus abzuleitenden Erfordernisse der deut-

## Zur Siegesfeier

schreibt ein westphälisches Blatt folgende beachtenswerthe Sätze:

„Das deutsche und das französische Volk, beide die Segnungen Christlicher Gesittung und steigenden Wohlstandes gleichmäßig genießend und begehrend, sind zu einem heilsameren Wettkampfe berufen, als zu dem blutigen der Waffen.“

Sind diese goldenen Worte König Wilhelms, die er beim Beginn des Krieges an die Volksvertreter richtete, von denen im Volke vergessen worden, die heute den blutigen Erfolgen zjubeln, anstatt um die Menschheit zu trauern, daß sie nöthig gewesen sind, um einem großen Volke seine berechnete Existenz zu sichern?

Wir haben während des uns aufgedrungenen Krieges unsere Freude nicht verleugnet über die Siege, denen wir es verdanken, daß kein Feind unsere Grenzen überschritt; wir haben selbst nach dem Sturze Napoleons bei Sedan für die Vellendung des blutigen Werkes zur Sicherung Deutschlands und seiner Grenzen gestimmt; aber wir haben dabei niemals aufgehört, die Nothwendigkeit dieses Krieges zu betrauern, den Krieg selbst zu verabscheuen und die blutige Saat des Hasses zu beklagen, die zwischen Frankreich und Deutschland ausgestreut worden ist und giftig fortwuchert.

Beh' darum über Jene, — Frevler fürwahr sind es, — die den Krieg, das größte Verbrechen an der Menschheit, mit Begeisterung feiern möchten!

Behe über sie, welche die aufgezwungene, grauen-vollen Zeit des Kampfes so entmenslicht hat, daß sie fortan nicht mehr bebend zurückschauern vor dem glückmordenden Habzerstörenden Kriege — sondern feiern diese schrecklichste aller Geißeln der Völker, dieses Hemmrad in der glorreichen Entwicklung des Fortschrittes auf allen Gebieten der Kunst und Gütervermehrung für die Gesamtheit unserer Gattung; die da siegestrunken rühmberauscht vivat sequens! rufen, als sei es die höchste Aufgabe der Nationen, sich gegenseitig zu zerfleischen.

Es ist richtig, wir können froh sein ob unsrer Erfolge. Deutschland ist groß, mächtig, geehrt hervorgegangen aus diesem blutigen Kampfe und seinen mächtigsten Fürsten ziert die Kaiserkrone, die 64 Jahre lang im Staube gemodert hat. Aber haben wir nicht trotzdem die bittere Erfahrung machen müssen, wie die höchsten Güter des Lebens; wie Alles, was unserem Sein wirklichen Werth verleiht, unter Waffenlärm und Kriegsgeräusch Gefahr läuft, zu Grunde zu gehen? Kann der Kriegsrühm, der uns jetzt anderweit unstrahlt, entschädigen

schon Politik auf die einstweilige Beibehaltung des bisherigen Friedenssetats dringen. — Eine Erhöhung des Militäretats steht deshalb in naher Aussicht.

— Der Zusammentritt des Reichstages wird, wie schon gemeldet, in der Mitte des nächsten Monats erfolgen, und werden die Verhandlungen desselben muthmaßlich bis zum Dezember sich ausdehnen. Wenn auch die Zahl der Vorlagen, welche der hohen Körperschaft bis jetzt zugeordnet sind, eine sehr beschränkte ist, so werden doch einzelne der Gegenstände, die zur Berathung gelangen müssen, so beispielsweise der neue Militäretat, sehr lebhaft Debatten hervorrufen; die Militärfrage möchte wenigstens drei bis vier Wochen in Anspruch nehmen.

In Frankfurt a. M. und in der Provinz Hannover haben in der letzten Zeit eine Reihe sozial-demokratischer Versammlungen stattgefunden, welche keinen Zweifel darüber zulassen, daß die „Internationale“ dort bereits bedeutend Terrain gewonnen hat und in kürzester Frist noch weiter um sich greifen möchte. Behörden haben aus diesem Grunde den Antrieben der dortigen Sozialdemokraten eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet.

Frankreich. Zur Situation. Allgemeine Unzufriedenheit und Verstimmung — so nur kann für jetzt die geistige Temperatur aller französischen Parteiverbindungen nach der Sitzung vom 31. August und nach der Belehnung des Herrn Thiers mit dem Titel des Präsidenten der französischen Republik genannt werden. Die „Opinion Nationale“ sagt, daß die Nationalversammlung, indem sie sich zur Constituante macht, eine Revolution decretirt habe. Der „Temps“, ein gemäßigtes Blatt, sagt, es sei unter der konstituierenden Gewalt, welche die Versammlung sich angemacht hat, eine Drohung und eine Herausforderung verborgen. Das „Siecle“ vergleicht Herrn Thiers mit Esau, der sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht hingiebt; die Regierung habe für einige Lobeserhebungen, deren Aufnahme Herr Dufaure gefordert, in der Hauptsache, welche im Berichte des Herrn

gen für die drohenden Verlust der höchsten inneren Güter der Nation? Sehen wir nicht, ach so Viele rückwärts schreiten auf dem Wege zur Freiheit, die früher ihre Fahne mit uns hoch vorantrugen? Und möchte man denen von ihnen, die jetzt krümmend vor den Thronen rutschen und als höchstes Ziel ein Ordensbändchen erstreben, nicht mit Johannes Scherr zürnend zurufen: Dir blüht nur Heil, strebst Du zunächst

Dem Mittelalter zu ganz —

Denn Volksnaturgeschichte wächst

Nach rückwärts wie ein Ruchschwanz.

Was haben wir seit einem Jahre in unserem innern Leben erreicht? Der Konstitutionalismus hat sich im völligen Scheinkonstitutionalismus selbst getödtet. Ein unabhängiger Wille herrscht und lenkt die Geschicke des ganzen deutschen Reiches. Des Herrschers „Herzenswunsch“ gilt den Gesetzgebern als Gesetz. Ein neuer Adel wird geschaffen und willig giebt die Volksvertretung die materiellen Mittel her, um diesem neuen Adel Glanz und Macht zu verleihen.

Die große Masse des Volkes aber steht dem geduldig zu, bewundernd fast und wie bewußtlos, daß mit dem Schweiß ihrer Arbeit, mit dem Blute ihrer Angehörigen, neue Fesseln für sie geschmiedet werden.

Wir halten es für unsere Pflicht, an diesen Jahrestagen der Erinnerung nicht nur die glänzenden Erfolge deutscher Waffen zu feiern; sondern auch dem Volke die Mahnung zuzurufen: zu wachen und zu arbeiten, auf daß die Früchte der mit dem Blut seiner Söhne erkochenen Siege nicht von wenigen Bevorzugten ausgebeutet werden dürfen, sondern der Gesamtheit zukomme was die Gesamtheit errungen.

Am Jahrestage der Schlacht von Sedan.

Warum berauscht kein Festenfest

Am Tag des größten Sieges

Das ganze Volk? Warum denn läßt

Nicht wie zur Zeit des Krieges

In Nord und Süd, in Ost und West

Es Jubel hören? Stieg es

So eilig von der höchsten Spitze

Der Lust herab zum Kummerstige?

Das gute Volk! Mit welchem Feuer

Erhob es sich vorm Jahr!

Weib, Eltern, Braut, — sie sahn, was theuer

Vor Allen ihnen war,

Zum todesmuth'gen Abenteurer,

Witet zur Frage kam, feiger Weise nachgegeben. Das „Siecle“ nennt diese Politik eine orientalische, deren Indolenz zu einer Katastrophe führen werde. Die radicale „Berité“ geht noch viel weiter. In einem Artikel, welcher „Constituante!!!“ überschrieben ist, sagt sie: „Im Namen aller aufrichtigen Republicaner, im Namen aller derer, welche für ihr Vaterland eine aufgeklärte Liebe haben, weigern wir uns, der im Februar erwählten Versammlung den Character einer Constituante zuzuerkennen wir schwören, auf unsere eigene Gefahr hin, den Constitutionen nicht zu gehorchen, welche es ihr gefallen möchte, ohne Recht noch Mandat gegen die Sicherheit, gegen die Interessen, gegen den Willen Frankreichs zu promulgiren.“ Die Sprache der republicanischen Provinzjournale ist eben so energisch wie die der pariser „Berité“. Sie rufen zum Aufstande klar und ausdrücklich und ohne Umschweife. In einem andern Artikel tritt die „Berité“ noch kategorischer auf. Sie sagt: „Wenn das Land nicht die Auflösung dieser Versammlung durch irgend eine schlagende und unwiderstehliche Kundgebung fordert, so drohen die Deputirten von Versailles für ewig auf ihren Sitzen festgenagelt zu bleiben, oder es wird sie irgend ein Sturm wegfehen.“ Man sieht, der radicalen Partei genügt das Petitioniren um Auflösung der Versammlung nicht mehr. Und in diese allgemeine Aufregung fällt der Jahrestag des 4. September, an welchem jede Kundgebung zu verhindern der Justiz-Minister den Präfecten dringend empfohlen hat. Von einem Deputirten der Linken befragt, ob einfache Bankete als Kundgebungen betrachtet werden würden, hat Herr Dufaure nicht geantwortet. Dieser einzige Fall zeigt schon, in welcher falschen Lage das Land sich befindet und wie anormal und ungesund die inneren Zustände Frankreichs sind. Kommt es einmal wieder zu einer Krisis, so sind die Folgen gar nicht vorauszusehen. Am 18. März war die revolutionäre Bewegung in Paris begrenzt und der Aufruf der Commune konnte weder Lyon noch Mar-

## Zum Blutfeld der Gefahr

Hinziehn — und hielten's nicht zurück,  
Was ihres Lebens Trost und Glück!

Des Königs hochgestellter Rath;  
Die Bäuerin, die arme;  
Wer schwankte, seinen Sohn dem Staat  
Zu weih'n, trotz Gram und Harm?  
„Fast jeder Deutsche war Soldat!“  
Und vor dem Heldenstürme  
Zerstob die Kraft und List des Franken;  
Al' seine stolzen Festen sanken. —

Nun heimgekehrt zum lieben Heerde,  
Begrüßt von Jung und Alt, —  
Wie kommt es, daß auf deutscher Erde  
Nicht mehr noch Euch umschallt  
Rings Jubelruf? Die Kriegsbeschwerde  
Vergaß man doch. Verhallt  
Ist endlich auch die Leichenklage.  
Was jauchzt man nicht am heut'gen Tage?

Ach, armes Volk! Dein blutig Mühen —  
Was hat es Dir errungen?  
Grabkreuze, Lorbeerkränze grün,  
Manch Festslied, laut gesungen —  
Auch Freudenfeuer sah man sprühen. . . .  
Nun, ist's verglüht, verklungen.  
„Was aber hat das Volk erhalten?“  
„Deß' Lage freilich blieb beim Alten!“

So wars, und so ist es geblieben.  
Geburt und Geld regiert.  
Bis, wenn die Cäsarn all vertrieben,  
Das Volk einst triumphirt.  
Und gleiches Recht — nicht nur geschrieben,  
Nein! wirklich durchgeführt  
Und Allen auch zu Theil wird werden;  
Bis alle — Menschen sind auf Erden!!

Bis dahin mag die alte Zeit  
Uns noch indeß umgeben.  
Die Freiheit und Verträglichkeit  
Muß mehr sich rings erst heben.  
Glück, Frohsinn und Zufriedenheit  
Wird dann herab auch schweben. . . .  
Doch kein Sedan mehr wird man feiern  
Mit zahmen abgenutzten Leiern! † †

seille, noch Bordeaux oder Lille, noch auch die Landbevölkerungen zum Aufstande bringen. Heute wäre die Sachlage nicht mehr dieselbe, und ohne von den großen Städten zu reden, wo das Volkselement vorherrscht, zeigen sich auch unter den Bauern mehrerer Departements gewisse Tendenzen, welche leicht zu einer blutigen Jacquesie führen könnten. Die Bauern betrachten die Deputirten von Versailles als Junker, welche die feudalen Vorrechte wieder herstellen wollen, und die Arbeiter aus den Städten oder die Agenten der Internationalen, mit denen sie in Berührung kommen, bestärken sie in dieser Ansicht.

## Deutschland.

Berlin, den 4. September. Finanzvorlage für den Landtag. Der „Köln. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Man wird sich erinnern, daß nach dem ersten Plan über die Vertheilung, beziehungsweise Verwendung der von Frankreich zu zahlenden Kriegskosten in erster Reihe die Befriedigung gemeinsamer Reichsbedürfnisse ins Auge gefaßt und hierbei namentlich die Gründung eines Reichsschatzes hervorgehoben wurde mit dem ausgesprochenen Zwecke, bei eintreten Mobilmachungen die zunächst erforderlichen Mittel zu gewähren, welche von den Einzelstaaten später zurückstattet werden sollten. Es scheint nicht, daß man die Gründung eines solchen Reichsinstituts bis zu dem Zeitpunkte verschieben möchte, mit welchem die volle Bezahlung der Kriegskosten zu erfolgen haben würde, sondern daß man damit schon in nicht allzuferner Zeit vorgehen will. Es würde damit unter allen Umständen die Auflösung des preussischen Staatsschatzes erfolgen, welche wiederum eine Aenderung der ganzen preussischen Finanzgesetzgebung zur Folge haben muß, weil die Ueberschüsse bisher an den Staatsschatz abgeführt wurden. Mit dieser Angelegenheit tritt eine der wichtigsten Fragen an den preussischen Landtag heran, u. es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß diese Angelegenheit nicht vereinzelt für sich, sondern in systematischer Weise, vielleicht im Zusammenhange mit dem ganzen Finanzplan zum Austrag kommen möchte, den Herr Camphansen bei seinem Amtsantritte dem Abgeordnetenhaus in Aussicht stellte und wohl nur wegen der inzwischen eingetretenen Kriegereignisse vertagt hat. In Abgeordnetekreisen glaubt man in der nächsten Session mit jenen verheißenen umfassenden Finanzreformen befaßt zu werden.

Hr. v. Möller, der wie wir hören, am 1. October seine Funktionen in Elsaß-Lothringen antreten wird, soll den Titel „Kaiserlicher Statthalter“ führen u. in dieser Eigenschaft Instruktionen direkt vom Reichskanzler entgegennehmen. Thatsächlich wird Hr. v. Möller einer eben solchen Selbständigkeit in der Verwaltung des neuen Reichslandes sich erfreuen, wie er sie in der Provinz Hessen-Rassau zu behaupten wußte. Seine Ansichten und Wünsche werden überall maßgebend sein und Elsaß-Lothringen factisch als eine preussische Provinz verwaltet werden, wie denn auch drei Viertel der Beamten und Soldaten in den neuen Landestheilen dem preussischen Staate angehören.

Der Finanzminister hat die Bestimmungen über die den Militärinvaliden bewilligten Verwundungs- und Verstümmelungszulagen dahin interpretirt, daß dergleichen Zulagen den Empfängern auch bei Versorgung in Instituten, sowie bei Anstellung im Zivildienst neben den sonst zuständigen Kompetenzen an Gehalt, Pension u. verbleiben sollen. Demgemäß ist der Maximalbetrag, bis zu welchem von einem im Zivildienst angestellten Militär Gehalt und Pension bezogen werden können ohne Rücksicht auf die Verwundungs- und Verstümmelungszulagen festzusetzen, u. sind letztere neben dem hiernach festgesetzten Maximalbetrage unverfügt zu zahlen.

Das Marine-Ministerium hat angeordnet, daß die Rekruten der Marine nach ihrer Ankunft stets baldigst zu vacciniren, resp. zu revacciniren sind, und wegen der Reisen ins Ausland strenge darauf zu achten ist, daß von denselben keiner unvaccinirt resp. unrevaccinirt bleibt oder in diesem Zustande an Bord commandirt wird.

Ueber die dunkle Unterschluggeschichte, welche seit drei Tagen ganz Berlin beschäftigt, geben wir weiter unten das officielle Dementie, soweit es die Personen des Geh. Rathes Scabell und des Majors v. Stülpnagel betrifft. Den Ursprung des Gerüchtes anlangend, so wird dasselbe auf den Umstand zurückgeführt, daß augenblicklich ein Mann vermißt wird, der ein bedeutendes Bankinstitut hier begündete, der aber keineswegs königlicher Beamter ist. Es wird uns auch der Name dieses Mannes genannt, wir enthalten uns aber vorläufig noch der Wiedergabe desselben, weil sein Verschwinden nur darum vermuthet wird, daß er in dem von ihm bei der Abreise bezeichneten Badeorte noch nicht eingetroffen ist.

Die Gehaltsverbesserung der Beamten wird nicht, wie man allgemein annahm, nach einem im Allgemeinen geltenden Procentsatze vorgenommen werden, sondern es sollen die Unterbeamten nach ihrer Anciennität eine Zulage bis zu 100 Thlr. erhalten. Die Subalternbeamten erster Klasse bezogen bis jetzt ein Gehalt von höchstens 1800 Thlr. Nach dem neuen Reglement sollen die älteren Beamten unter ihnen einen Zuschuß von höchstens 200 Thlr. erhalten.

Die Gerüchte, welche sich mit der Person des allgemein bekannten Directors der Berliner Feuerwehr Geh. Regierungsrath Scabell beschäftigten und selbst über die Mauern Berlins hinaus ein so peinliches Aufsehen erregten, haben jetzt auch eine amtliche Meinungsäußerung herausgefordert, indem der Herr Polizeipräsident v. Wurmb alle derartigen Verdächtigungen durch

die Mittheilung entkräftet, daß sich Herr Scabell auf regelrechtem Urlaub befindet, welcher erst am 7. d. M. abläuft. Bis zu diesem Termin werden deshalb diese Angelegenheit als unmotivirt ruhen müssen. Wie wir übrigens hören, befindet sich der kürzlich zum Major beförderte Hauptmann von Stülpnagel, dessen Person ebenfalls in den Kreis der verdächtigen Gerüchte gezogen wurde, in England zum Besuche seiner Schwiegereltern. Der Major von Stülpnagel hat sich mit ordnungsmäßigem Urlaub auf ärztlichen Rath in ein Seebad begeben, um seine vom Feldzug sehr angegriffene Gesundheit wieder zu erlangen, und er hat ein englisches Seebad nur deshalb gewählt, weil eben seine Gattin eine Engländerin ist.

Der Bau des Parlamentshauses wird mit größter Energie betrieben und soll zum 15. October mit Bestimmtheit vollendet und dann auch vollständig benutzbar sein. Es wird jetzt mit allen Kräften gearbeitet, nicht allein die Arbeiten zu vollenden, sondern auch das Gebäude auszutrocknen.

Nachdem das Gesetz, betreffend die Wechselstempelsteuer, auch in Elsaß-Lothringen in Kraft getreten, ist bestimmt worden, daß bezüglich des Strafverfahrens wegen Wechselstempelhinterziehung nunmehr auch Elsaß-Lothringen angeht, der Bestimmungen der Ausdrücke „Ausland“ und „Inland“ zum Inlande im Sinne des Wechselstempelgesetzes zu rechnen ist.

Eine Centralbehörde für Elsaß-Lothringen wird unter der Verwaltung des Geh. Regierungsraths Herzog hier eingerichtet werden. Es soll gewissermaßen ein Ministerium für Elsaß-Lothringen in dem hiesigen Bundeskanzleramt hergerichtet werden, damit der Reichskanzler seine Elsaß-Lothringen gegenüber einzunehmenden Obliegenheiten direct in vollem Umfange wahrnehmen kann.

Zur französischen Kriegsschädigung. Die so bestimmt auftretende Nachricht, daß die französische Regierung die dritte Halbmilliarde der Kriegsschädigung bereits bezahlt habe, dürfte noch etwas verfrüht sein. Thatsache ist, daß Pongier-Quertier 120 Millionen in drei Monatswechseln angeboten hat, doch schwebt, wie wir wissen, hierüber noch die Unterhandlung, welche der Herr v. Arnim, der jetzt in Versailles eingetroffen ist, zu führen hat. Die Bestrebungen des Letzteren gehen dahin, die Hinausschiebung des Termins zu erwirken, der im Friedensvertrag für den freien Verkehr zwischen dem Elsaß und Frankreich stipulirt worden ist. Dieser Termin war der 1. September und erst nach Bewilligung dieser Forderung dürfte sich die Reichsregierung zur Annahme des Restes der Halbmilliarde verstehen, nach deren Bezahlung die vier Departements geräumt werden müssen. Damit würde dann auch ein rascherer Abzug der Occupationstruppen vom 10. September an in Verbindung stehen.

Der Kaiser wird nicht vor den ersten Tagen des October hier zurück erwartet. Nach seiner Hierherkunft soll auf den königlichen Residenzschlössern an Stelle der bisher dort wohnenden Königsflage die deutsche Reichsfahne aufgezogen werden.

Das Obertribunal hat in einem neueren Erkenntnisse das Präjudiz aufgestellt, daß die Strafart der Entziehung der Befugniß zum Gewerbebetriebe durch § 6. des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870 bezüglich der Steuervergehen nicht beseitigt worden ist. Ein Mühlenmeister in einem pommerschen Kreise war durch Erkenntniß des Appellationsgerichts zu Stettin wegen Wahlsteuerdefraudation im ersten Rückfalle bestraft, ihm jedoch nicht die Unterjagung der Ausübung des Müllegewerbes und des Handels mit mahlsteuerpflichtigen Gegenständen für die Dauer von drei Monaten auferlegt worden, wie dies in dem Strafresolüt des k. Provinzial-Steuerdirectors zu Stettin geschehen war. Der Appellationsrichter ging dabei von der Erwägung aus, daß die zeitweise Unterjagung des Gewerbebetriebes eine Strafart sei, welche das Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund in Gemäßheit des § 6. des Einführungsgesetzes zu demselben nicht kenne. — Gegen diesen Theil der Entscheidung zweite Instanz legte die Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde ein und begründete dieselbe damit: 1) daß die Unterjagung der Ausübung des Gewerbebetriebes mehr eine gewerbepolizeiliche Maßregel, als eine Strafe im Sinne des Strafgesetzbuchs sei, und 2) daß, wenn man auch das letztere annehmen wollte, doch der § 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetze ausdrücklich bestimme, daß die Vorschriften des Bundes- und Landesstrafrechts über strafbare Verletzungen, namentlich der Steuergesetze u., in Kraft bleiben sollen; dasselbe verordne auch der § 145 der norddeutschen Gewerbeordnung. — Das Obertribunal erachtete die Nichtigkeitsbeschwerde für begründet, trat den Ausführungen der Staatsanwaltschaft bei, und verwies die Sache zur anderweiten Entscheidung in die zweite Instanz zurück.

Auf die Kriegskontribution hat die französische Regierung in Straßburg neuerdings 47,622,535 Francs in Wechseln einzahlen lassen. Darunter befinden sich, wie die „P. Ztg.“ meldet, etwa 17 $\frac{3}{4}$  Millionen Francs in Wechseln nach Sicht, etwas mehr als 13 $\frac{1}{2}$  Millionen in Wechseln, die im September zahlbar, und 16,400,000 Francs in Wechseln, welche theils im October, theils, und zwar zum größeren Theile, erst in drei Monaten fällig sind. Im Ganzen sind (bei Einrechnung der 325 Millionen für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen) bis jetzt von der uns zukommenden Kriegskosten-Entscheidung 1,297,912,811 Francs abgetragen.

Aus Gastein. Wie verlautet, soll es in Gastein

in Erwägung gezogen worden sein, ob über die Ergebnisse der Begegnung von Gastein den diplomatischen Vertretern im Ausland authentische Mittheilung zu geeigneter Benutzung an den betreffenden Hof zu machen sei. Der Gedanke ist indeß, wie verschiedenen Blättern geschrieben wird, nunmehr aufgegeben, weil keine einzelnen positiven Abmachungen vorliegen, sondern nur ein Ideenaustausch im Allgemeinen stattgefunden hat, und will man sich darauf beschränken, den Stellen, wo eine gewisse Beunruhigung über die Dinge in Gastein Platz greifen sollten, Erklärungen zugehen zu lassen, welche nicht den mindesten Zweifel gestatten, daß denselben jede aggressive Tendenz vollständig fern gelegen und nichts angestrebt worden sei, als eine Verständigung zu Zwecken des Friedens von Seiten derjenigen Staatengruppen, deren Zusammengehen sich jederzeit als der sicherste Friedenshort bewährt habe.

Postwesen. Dem „S. Z.“ wird aus München geschrieben: Es hat seine Richtigkeit mit der mehrfach besprochenen Nachricht, daß die preussische Regierung Bayern den bestehenden (Deutsch-österreichischen) Postvertrag bis zum 1. Januar 1873 gekündigt habe. Vollständig grundlos ist jedoch die Unterstellung, als ob Preußen damit die Absicht verfolgte, den bisher durch Bayern über die Brennerbahn gegangenen Transit nach Italien und der Levante auf die Gotthardbahn abzulenken. An und für sich springt in die Augen, daß für eine solche Ablenkung bei der langen Bauzeit der noch gar nicht in das Stadium der Angreifbar- nahme getretenen Gotthardbahn der Zeitpunkt offenbar viel zu früh gegriffen wäre, ganz abgesehen davon, daß der Verkehr sich nicht so ohne Weiteres durch Regierungsbeschlüsse in neue Bahnen leiten läßt. Wie wir nun aber glaubwürdig vernehmen, ist der bezüglich der Vertrag sämtlichen Contrahenten, also nicht bloß Bayern, sondern auch Oesterreich, Württemberg, Baden, Hessen und Luxemburg, gekündigt worden, und man giebt uns als plausiblem Grund für dieses Vorgehen Preußens einerseits die verfallenen Verträge an, welche einen besondern Vertrag unter den Gliedern des Deutschen Reiches für überflüssig, wo nicht unstatthaft erscheinen lassen; andererseits soll beabsichtigt sein, Oesterreich sowohl wie Luxemburg aus jedem der Zeit vor 1866 entstammenden Vertragsverhältnisse auszuschneiden, um mit diesen im Namen des Reiches neue internationale Vereinbarungen treffen zu können.

## Provinzielles.

Coulanz der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft. Bekanntlich hatte kürzlich ein Personenzug bei Zoppot das Malheur, daß der Kessel der locomotive plötzlich schadhast wurde. Dies erregte derzeit unter den Passagieren solche Angst, daß, als der Zug hielt, Alles Hals über Kopf die Waggon verließ. Unter den Reisenden befand sich auch Frau Löwenstein von hier, welche in Folge körperlichen Leidens sich nur mit Mühe erheben und gehen kann. Bei dem Hinausstürmen ihrer Coupeegeossen kam die leidende Frau derart ins Gedränge, daß sie vollständig hinausgeworfen wurde und zwischen die Schienen fiel. Erst nachdem man sich überzeugt hatte, daß mit der Betriebsstörung keine Lebensgefährdung verbunden gewesen, hob man die Frau Löwenstein auf und placirte sie wieder im Coupee. Einige Tage nach diesem Vorfall hat nun ein höherer Bahnbeamter die Adresse der Frau Löwenstein erkundschafte, bezogte derselben sein Beileid und erklärte Namens der Direction nicht nur die Kur- und Pflegekosten erstatten, sondern auch etwaige sonstige Nachteile entschädigen zu wollen. Jedenfalls ist dies Verhalten der Bahngesellschaft um so mehr zu rühmen, als Frau Löwenstein durch aus keinerlei Ansprüche zu erheben gedachte.

Danzig. „Wstpr. Ztg.“ Ein Kellner als Harfenistin. Der hierorts als Taschendieb bekannte 16jährige Fr. Goll ein unbärtiges Bürschchen mit heller Tenorstimme hat mit Unterstützung des Kellner Wilmanowski in einem hiesigen Lokal an der Langenbrücke längere Zeit die Rolle als Harfenistin und Sängerin in weiblichem Kostüm gespielt und mit großem Raffinement die Gäste nicht nur über sein Geschlecht zu täuschen gewußt, sondern auch verschiedene Liebeshändel bestanden, um bei dieser Gelegenheit seine Finger in die Taschen seiner Anbeter veritren zu lassen. Nachdem Goll als „ächte Tyrolerin aus dem Zillertal“ die Gegend längere Zeit unsicher gemacht und verschiedene Uhren und Pretiosen erbeutet hatte, gelang es dem Criminal-Commissarius Herrn Richard hinter den Schwindel zu kommen und seine Verhaftung auf dem Dominikmarkt zu bewirken. Zwar wollte er sich derselben entziehen, da er mit großer Geschwindigkeit aus dem Rock entschlüpfte und denselben in der nervigen Hand des Beamten zurückließ, aber unsere Polizei läßt sich durch solche Kniffe nicht dupiren und geflügelten Schrittes wurde dem Patron der Fluchtweg verlegt. Nun kann Goll über neue Touren im Tangel-Singel nachdenken, wozu ihm die Gelegenheit auf Neugarten geboten wird.

Königsberg. Herr v. Mühler hat den hiesigen Stadtverordneten auf ihren Wunsch, einen selbstständigen Schulrath anzustellen, damit die Aufsicht der Geistlichen über die Volksschulen aufhöre, geantwortet, „einem solchen Antrag kann nicht entsprochen werden!“ Und ein selbstständiger tüchtiger liberaler „technischer“ Stadt-Schulrath thut unseren Volksschulen so Noth wie ein Stück Brod, dem Provinzial-Schulregulativ-Rath Bock gegenüber! — Geht darin nicht bald eine Reform hervor, dann erleben wir, wenn die Schulregulative das Volk im „Zarck!“



